

Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr.10

Diesen Text können Sie auf der Website www.zukunftslobby.de gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 2,50 Euro herunterladen. – Textumfang: 14 Seiten.



Wir bitten zu beachten: Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

„Über-Kolumne“, Teil 5 (9/2015 bis 7/2016)

Eine Textreihe zu Politik und Gesellschaft von Carl Christian Rheinländer sen. (Erschienen von Oktober 2011 bis September 2017 im „Hunsrückspiegel“)

Über das Dilemma der europäischen Linken (September 2015)

Linke oder rechte Parteien in Europa treten heutzutage deutlich moderater auf als in der ersten Hälfte des 20ten Jahrhunderts. Sie wollen den in der Nachkriegszeit aufgebauten Grundstock an Frieden und Absicherungen nicht gefährden. Dessen Bewahrung allerdings wird zunehmend unsicherer.

Die Finanzkrise von 2008 wurde mit Billionenbeträgen nur zugeschüttet, so wie ein havariertes Atomreaktor mit gigantischen Mengen an Beton. Darunter gärt es kräftig weiter, dies muss uns klar sein, bis zum nächsten Ausbruch, ja womöglich sogar bis zum Zusammenbruch all dessen, was wir zur Aufrechterhaltung von Frieden und Absicherung benötigen.

Eigentlich ist ziemlich klar, was denn zu tun wäre. Finanzkrisen entstehen uns, weil erstens das Weltfinanzsystem keinem der Allgemeinheit dienlichen Ordnungsrahmen unterworfen ist, und zweitens, weil die Industriegesellschaften ihren materiellen Wohlstand nur mit immer höheren Schulden finanzieren können.

Dazu kommen die sozialen, die ökologischen und die politischen Probleme: Der Kapitalismus/Neoliberalismus MUSS immer mehr Menschen in die soziale Schieflage und die Abhängigkeit von Alimentierungen verschieben, MUSS die natürlichen Lebensgrundlagen (die Umwelt) immer weiter zerstören, und MUSS die ärmeren Länder der Welt ausbeuten und destabilisieren. Könnte er das nicht, wäre er am Ende. Es geht also um nichts weniger, als darum, dieses umfassend verbrecherische Wirtschaftssystem zu überwinden.

Von den sogenannten bürgerlichen Parteien ist da aber nichts zu erwarten. Stur strukturkonservativ und latent rechts ausgerichtet ist ihr erstes Anliegen die Beibehaltung von bestehenden Machtverhältnissen und Wirtschaftsprioritäten. Die sogenannten Sozialdemokraten sind nur in der Opposition ein bisschen links. In Regierungsverantwortung stützen sie dann stets bereitwillig jene Strukturen, deren soziale Fehlwirkungen sie vorher beklagten.

Um die Gemeinsamkeit der beiden großen politischen Blöcke in Europa auf den Punkt zu bringen: Sie sind "subventionistische" Parteien, soll heißen: Statt den Ordnungsrahmen der Wirtschaft radikal zu straffen, bis das System wirklich dem Gemeinwohl dient, subventionieren sie es lieber und pumpen permanent den größten Teil des Volksvermögens in die Kaschierung seiner auffälligsten Nebenwirkungen.

Und genau hier liegt auch das Dilemma jener Politiker in Europa, die als ernstzunehmende Kraft im Parteienspektrum noch übrig bleiben: die "Neuen" Linken, die sich sehr klar von orthodoxen Kommunisten abgrenzen und die wertkonservativ-alternativen Parteien.

Auch sie sind bisher nicht mit schlüssigen Konzepten aufgefallen und wollen bis jetzt lediglich mittels Umverteilungen von oben nach unten einerseits die sozial Schwachen und andererseits die Umwelt subventionieren. Dies aber ist kein zukunftstaugliches Konzept. Wo bleibt denn das "alternative soziale und politische Modell zum Kapitalismus", das die europäische Linke vor 11 Jahren angekündigt hatte?

Der neu gewählte linke Bürgermeister in einer spanischen Kleinstadt mit 30% Arbeitslosigkeit wurde von einem Reporter gefragt, was er denn jetzt tun wolle, wo doch die Wähler diesmal auf Podemos, statt auf die Bürgerlichen gesetzt hatten. Was dann kam, ist bezeichnend für die gesamte Opposition in Europa: Er hakte lediglich altbekannte Schlagworte wie "Beschäftigungsprogramm finanzieren, Familien bezuschussen und Wirtschaftswachstum ankurbeln" ab.

Ebenso Jeremy Corbyn, der Oskar Lafontaine der britischen Labour-Partei, vor dem der frühere Labour-Chef Toni Blair eindringlich warnt. Er hat gute Chancen, neuer Labour-Spitzenkandidat zu werden, aber er hat keinerlei wirklich neue Ideen.

Am deutlichsten wird das Problem bei Syriza in Griechenland. Die wussten zunächst auch nur generell Nein zu sagen zu den Forderungen der mächtigen Gläubiger, bis dann der Vorsitzende Tsipras Ende Juli vor der Übermacht aus europäischen Rechten und eifersüchtigen "Sozialdemokraten" einknickte. Schade, dass man jetzt nicht mehr erfährt, was der abgesetzte Finanzminister Varoufakis mit ein paar Vertrauten geplant hatte, um an die Gelder der griechischen Steuerhinterzieher zu kommen, um den politisch-wirtschaftlichen Klientelismus in Griechenland zu bekämpfen und natürlich um Griechenland aus dem Würgegriff von EU und Finanzkonzernen zu lösen.

Das wichtigste nämlich bei der sogenannten Griechenlandrettung war für die europäischen Altparteien, einen Erfolg für die Neue Linke in jedem Fall zu verhindern.

Also: Solange die Linken, die Wertkonservativen, die Linkskonservativen (hierzu wird auch der amtierende Papst Franziskus mit seiner Kapitalismuskritik gezählt) und die Alternativen kein schlüssiges Konzept für einen dritten Weg, für ein wirklich nachhaltiges Wirtschaftssystem präsentieren können, wird auch das nächste Mal David gegen Goliath verlieren.

Über Krisenwährung (Oktober 2015)

Eines der schlimmsten Krisenphänomene ist es, wenn dem Geld seine gewohnte Funktion abhanden kommt. Entweder es verliert seinen Wert, und alles verteuert sich galoppierend. Oder, warum auch immer, es ist zu wenig da, und Löhne, Renten und Sozialleistungen können nicht mehr ausgezahlt werden.

Mittlerweile gibt es auch Mischerscheinungen aus beidem, die nicht mehr mit den alten Begriffen Inflation und Deflation zu erklären sind. Als Grund für die wachsende Unkalkulierbarkeit im Bereich Währungen und Geldtransaktionen steht die "Globalisierung" des Finanzmarktes, also die Konzentration des Geldes bei immer mächtiger werdenden Finanzunternehmen.

In Griechenland wollte Finanzminister Varoufakis dieser multinational gesteuerten Willkür unter anderem auch eine griechische Zweitwährung entgegensetzen. Bei all dem Mobbing, das dieser Mann einstecken musste, sind seine genialen Ideen völlig untergegangen. Auch

seine linken Regierungskollegen hatten nicht wirklich kapiert, welches Potential dieser Mann besaß. Es lohnt sich, etwas genauer über die mögliche Form einer Zweitwährung nachzudenken.

Realistisch betrachtet war die Drohung von Schäuble, Griechenland aus dem Euro auszuschließen ein großer Bluff. Denn, falls der Euro in Griechenland weiter gültig geblieben wäre, hätte man ihn dort gar nicht raus bekommen. Nach wie vor wäre er über Handel, Tourismus und andere Vorgänge als Scheine und Überweisungen nach Griechenland hinein und hinaus geflossen.

Für viele Importe und den Binnengeldverkehr aber wäre es ohne Euronachschub mittels Exporten und neuen Großkrediten eng geworden. Der Zusammenbruch Griechenlands hätte dann in den kleinen Strukturen begonnen, im Regionalhandel, bei Dienstleistungen und im sozialen Sektor.

Genau hier bekommt die Zweitwährung Bedeutung. Beim Nachdenken über deren Eigenschaften muss man sich von einigen gewohnten Vorstellungen bezüglich Geld lösen. Geld war ursprünglich nur ein Mittel, um den Tauschhandel zu vereinfachen. Im Grunde tauschen wir auch heute noch, nur nicht mehr eine Ware gegen eine Ware, sondern eine Ware in Geld und das Geld wieder in eine Ware.

Geld ist in erster Funktion also lediglich ein praktischer Umweg für den Tausch. Allerdings besitzt Geld in der üblichen Form auch etliche negative Eigenschaften. Weil es Zinsen abwirft und völlig losgelöst von der Tauschfunktion viel effektiver über Geldgeschäfte vermehrt werden kann, wurde Geld zu einem Machtinstrument über Dritte, vom Einzelnen bis zu ganzen Staaten.

Würde man Geld aber mit festen Negativzinsen, also einem Verfallsdatum versehen, sähe die Sache völlig anders aus. Die Vorteile eines solchen "Schwundgelds" hatte im 19. Jahrhundert schon der Ökonom Silvio Gesell beschrieben. Die Hortung von Geld würde unattraktiv, und man hätte eine vollautomatische Umlaufsicherung.

Entsprechend hätte die Einführung einer "NeoDrachme" als Zweitwährung in Griechenland etwa so aussehen können: Jeder im Land lebende Mensch bekommt pro Monat 800 ND (Höhe des Existenzminimums) bedingungslos ausgezahlt. Diese 800 verlieren in jedem Monat etwa 4% ihres Anfangswertes, so dass sie in 2 Jahren verfallen sind. Alle Geschäfte mit den 800 ND sind abgaben- und steuerfrei, brauchen somit keine Bürokratie. Zum Ausgleich erhalten Staat (in Höhe sonst üblicher Steueranteile) und Kommunen (entsprechend der Einwohnerzahl) ebenfalls Neodrachmen, sagen wir einmal 25% der verteilten Gesamtsumme. Jeder wäre jetzt bestrebt, dieses Geld möglichst auszugeben, und weil Steuerbelastung und Kontrolle wegfielen, würden Angebot und Nachfrage nach Produkten, die ohne Euroeinsatz und Rohstoffe aus dem Ausland bereitzustellen sind, also einfache Dienstleistung und Handwerk, Regionalproduktion, bäuerliche Landwirtschaft usw., sprunghaft ansteigen.

Die Leute würden zwar nicht reich, aber sie blieben versorgt, fänden neue Arbeit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sogar die Kommunen bekämen wieder Handlungsspielräume und könnten ihren Währungsanteil für etliche liegengeliebene Investitionen einsetzen, sofern die Arbeitskräfte und das Material dafür aus dem Umland kommen.

Laut dem belgischen Währungsexperten Bernard Lithaer ist solch eine Zweitwährung innerhalb von drei Tagen zumindest elektronisch umsetzbar. Eine entsprechende Software bildet die Neo-Zentralbank, und das Handy oder der PC sind das eigene Konto.

Leute ohne Internet müssten sich helfen lassen, bis papierne Neo-Drachmen gedruckt sind. Die griechische Arbeitsstunde in Euro würde sich ohne soziale Härten verbilligen lassen, was Produzenten aus dem Ausland anlocken würde, denen schließlich auch der Euro folgte.

Spätestens dann wären Schäuble und Konsorten vor Wut geplatzt, aber - Tsipras hats leider vorher verbockt.

Über das garantierte Minimum – Teil 1 (November 2015)

Seit etlichen Jahren schon wird über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, abgekürzt BGE, diskutiert. Ein fester Betrag pro Monat für jeden Menschen in Deutschland soll die Existenz sichern und eine Mindestteilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Bedingungslos bedeutet dabei: Man bekommt es garantiert, egal ob man gar nicht, wenig oder in Vollzeit arbeitet.

Die unterschiedlichen Modelle dazu, von Parteien, Unternehmern, Verbänden und Anderen, unterscheiden sich vor allem in der Betragshöhe, in der vorgeschlagenen Finanzierungsart und in möglichen Auswirkungen.

Doch, um es vorweg zu nehmen: Innerhalb des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und seiner absurden Logik sind alle diese Modelle zu kurz gedacht. Die Finanzierung erfordert einen gefährlichen Umbau des Sozial- und Steuersystems. Die Sache ist nicht auf Wechselwirkungen hin durchdacht und geht für jene, die eigentlich davon profitieren sollten, am Ende nach hinten los.

Dabei ist die Grundüberlegung schon sehr reizvoll. Zu allen Freiheitsrechten, die Menschen sich über etliche Hundert Jahre hinweg teilweise blutig erkämpfen mussten, wie etwa das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz, freie Meinungsäußerung, persönliche Freiheit, usw., könnte jetzt in logischer Folge auch das Recht auf ökonomische Sicherheit folgen. Die wirtschaftliche Produktivität heute ist so weit gestiegen, dass ein solcher Grundstock für jeden eigentlich realistisch wäre.

Was mit dieser Sehnsucht zusammenhängt, wissen wir doch alle. Um den finanziellen Grundstock für sich zu erarbeiten, um also den Job zu erfüllen, müssen sich die meisten Menschen ziemlich verbiegen, müssen unangenehme Sachen tun, sich quälenden Situationen ausliefern und dürfen nahezu nichts zur Verbesserung ihrer Lage beitragen.

Am Liebsten würden sie etwas ganz anderes machen, was aber leider nicht bezahlt wird. Wer aussteigt oder seine Arbeit verliert, den schützt zwar das soziale Netz vor der größten Not. Doch wer es braucht, ist unfrei, muss sich rechtfertigen, wird gegängelt, fremdbestimmt oder darf nicht nebenbei arbeiten. Menschen mit oder ohne Arbeit, die zu wenig Geld haben, bzw. nie wissen, ob morgen genügend da ist, leben sogar in ständiger Angst.

Früher hieß es mal: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“ Erich Fromm schrieb dazu: "Diese Drohung zwang den Menschen, nicht nur so zu handeln, wie von ihm verlangt wurde, sondern auch so zu denken und zu fühlen, daß er nicht einmal in Versuchung geriet, sich anders zu verhalten."

Für Menschen, die das verinnerlicht haben, ist Arbeit der oberste Lebenssinn, und manche neigen auch dazu, über sozial Schwache zu hetzen. "Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus", sagt Erich Fromm. Und so wählen diese Leute am Ende dann noch solche Parteien, die jenes wirtschaftliche Prinzip repräsentieren, das den realen und auch den suggerierten Mangel als Motor für Wirtschaftswachstum braucht.

Manche Gegner des BGE befürchten, dass Leute mit gesichertem Grundstock nicht mehr arbeiten würden und die Gemeinschaft das Nichtstun finanzieren muss. Aber ist das nicht jetzt schon so? Auch in Deutschland ist doch für einen wachsenden Bevölkerungsteil überhaupt keine Arbeit mehr vorhanden.

Nur etwa 38% der Bevölkerung ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Und auch viele

Vollzeitstellen sichern nicht mehr den Lebensunterhalt. Reiche aber, die von Kapitalerträgen leben, genießen ganz legal leistungsloses und schuldnerfinanziertes Einkommen.

Tatsache ist: Die Qualität der Arbeit ist entscheidend für die Bereitschaft dazu. Bezahlung ist doch nicht das einzige Motiv. Da gibt es noch die Freude an der Arbeit, die Lust etwas umzusetzen, den Stolz etwas zu können, die Anerkennung durch andere Menschen, die Gewissheit, gebraucht zu werden, usw.

Immer mehr Leute wünschen sich nichts sehnlicher als stabile und bedingungslose ökonomische Sicherheit, und sei es auch nur auf niedrigem Niveau. Deshalb sind auch die BGE-Befürworter so zahlreich.

Machen wir uns aber nichts vor: Da lauern noch ganz andere. Wieso wird die Idee denn in marktradikalen Kreisen so gut aufgenommen? Deren Traum, die Abschaffung des Sozialsystems, ließe sich mit der Verschmelzung von Sozialversicherungen und steuerfinanzierten Leistungen zu einem BGE umsetzen.

Auch eine Mehrwertsteuererhöhung auf 66 bis über 100%, mit der ein Drogeriekettenbesitzer sein Modell bezahlen will, würde fatal wirken. Die Mehrwertsteuer ist die Hauptsteuer der Endverbraucher. Unternehmen haben damit wenig zu tun.

Nichtsdestotrotz bleibt die Forderung nach dem Recht auf ökonomische Sicherheit bestehen. Nur muss dafür ein anderer Ansatz her, einer, der die Denkgrenzen des derzeitigen Wirtschaftssystems verlässt und über die pure Ausstattung mit Bargeld hinaus noch andere Fliegen mit derselben Klappe schlagen kann.

Über das garantierte Minimum – Teil 2 (Dezember 2015)

Fazit des letzten Beitrags war: Das viel diskutierte "Bedingungslose Grundeinkommen" ist keine gute Idee. Alle Entwürfe dazu taugen nicht zur Erreichung des eigentlichen Ziels, zur Schaffung wirtschaftlicher Sicherheit für alle Menschen in Deutschland.

Um wirklich eine stabile Grundlage für persönliche Freiheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bekommen, braucht es einen umfassenderen Ansatz. Er soll das bestehende Sozialsystem nicht ersetzen, sondern ergänzen, und er soll zusätzliche Entwicklungsanreize mitbringen. Hauptkomponenten eines solchen "garantierten Minimums" wären: Ausgabenreduzierung und Zweitwährungseinkommen.

1. Mehr finanzielle Sicherheit gewinnt man auch durch deutliche Reduzierung der laufenden Kosten. Für die Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom, Müll, Rundfunk, usw. ließen sich Gebühren, Abgaben und Beiträge ausnahmslos nach der Nutzungsintensität abrechnen. Dafür müssten erstens alle Grundgebühren abgeschafft und auf den Verbrauch umgelegt werden. Zweitens müssten durchgängig deutlich progressive Tarife gelten, das heißt: der Preis pro Kubikmeter, Kilowattstunde oder sonstiger Einheit steigt von sehr billig bei Geringverbrauch, bis teuer bei Vielverbrauch deutlich an. Wenignutzer würden stark entlastet, obwohl die Einnahmen der Versorgungsbetriebe gleich blieben. Bezüglich Nachhaltigkeit und Schonung natürlicher Ressourcen gäbe es eine Menge Anreize in die richtige Richtung.

Der andere Kostenblock, die Sozialversicherungen, müssten konsequent zur "Bürgerversicherung" umgestaltet werden. Das heißt: Alle Bürger zahlen ein, und alle Einkommen werden angerechnet. Mindestbeiträge werden abgeschafft. Erhoben werden prozentuale Anteile des tatsächlichen Nettoeinkommens. Dies hilft allen Geringverdienern und den Solo-Selbstständigen, von denen es in Deutschland etwa 2,5 Millionen gibt. Ihr Einkommen liegt mit weniger als 1500 Euro deutlich unter dem Erwerbstätigendurchschnitt. Immer mehr von ihnen brauchen Hartz4-Leistungen, weil vor allem ihre wiederkehrenden

Ausgaben in keinem Verhältnis zum kleinen Gewinn stehen. Wenn sich hier etwas täte, bei gleichzeitiger starker Vereinfachung der Einkommenssteuer und weniger Gewerbebürokratie, böte dies auch vielen Arbeitslosen mit Geschäftsidee eine neue Perspektive.

2. Als zweite Säule braucht ein garantiertes Minimum gesicherte Einnahmen. Doch die sollten gerade NICHT in Euro sein. Der Euro als Einheit des jetzigen Geldsystems ist untrennbar mit dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem verbunden. Dieses System aber, auf Raubbau und Plünderung gegründet, ist nicht zukunftsfähig und wird auch seine Währung mit in den Abgrund nehmen. Und dann?

- Besser sollte man über eine unabhängige Zweitwährung nachdenken, wie ich sie als griechische Krisenwährung im Oktoberbeitrag (nachlesen unter shs-verlag.de) skizziert hatte. Als Schwundwährung mit eingebautem Verfall (4% pro Monat) unterläge sie keiner Inflationsgefahr und könnte einfach frei geschöpft und jedem aufs Konto gutgeschrieben werden. Bei Bedarf entsteht Papiergeld, indem Banken und Sparkassen fälschungssichere Rohlinge mit Barcode und Wertinformation bedrucken. Alle Geschäfte mit diesem Geld müssen frei von Abgaben sein, und zum Ausgleich bekommen Kommunen und Staat ebenfalls "Neu-Mark" in Höhe sonst üblicher Steuersätze.

Wie hoch der monatliche Betrag sein soll, müsste man ausprobieren (600-800 NM). Wichtig dabei ist zu beachten, dass die Zweitwährung nur zum Teil den Euro ersetzen kann. Ihre Stärken hat sie im regionalen Umfeld und bei Waren und Dienstleistungen, die nicht von Importen, Hochtechnologie oder großen Logistikstrukturen abhängen. Für Benzin etwa, den neuen Computer oder den Kauf beim Discounter bräuchte man weiter den Euro, während Biodiesel, ein aufgerüsteter Gebrauch-PC und Lebensmittel vom Bauernhof für Neu-Mark zu haben wären.

Eine Beschäftigungsrevolution würde entstehen, weil jeder, der irgendetwas kann, dies als Dienstleistung oder als neues Produkt anbieten könnte und weil ein Anreiz bestünde, überregionale Waren durch regionale zu ersetzen. Der festgelegte Wertverfall des Geldes würde eine hohe Umlaufrate garantieren und so qualitativen Wohlstand schaffen. (Googeln: "Das Wunder von Wörgl")

Lassen wir uns nicht einreden, so etwas wäre nicht machbar. Politiker plappern eh nur nach, was die "Think-Tanks" des Neoliberalismus ausgeben. In Wahrheit ist das aktuelle Schulden- und Zinsprinzip nur ein gewaltiges Kontroll- und Ausblutungsinstrument. Mit ihm teilt sich die Welt in Gewinner und Verlierer, seien es nun einzelne Menschen oder ganze Nationen.

Deshalb will man ein Zahlungsmittel in Bürgerhand unbedingt verhindern, mit dem sich kein Reichtum anhäufen, keine Korruption finanzieren und kein Waffenhandel betreiben lässt. So aber werden aus rein wirtschaftlichen Gründen folgsame Regime aufgerüstet (Saudi-Arabien, Katar, usw.) und widerspenstige Staaten gewaltsam destabilisiert.

Wenn daraus dann Terrorismus entsteht und Millionen Heimatvertriebene zu uns flüchten, tun Politiker ganz überrascht. Kanzlerdarstellerin Merkel will plötzlich Fluchtursachen bekämpfen, wo die Tatsachen längst geschaffen sind. Wo steckt ihre Partei denn, als die US-Regierung im Jahr 2001 die Zerstörung von 7 Staaten beschlossen hatte (US-General Wesley Clark 2007), darunter Syrien, Irak und Libyen? - Eben! Dort steckt sie noch heute.

Von den 200 Millionen Klimaflüchtlingen weltweit, die sich bis 2050 auf den Weg machen, ist Deutschland, verursachergerecht kalkuliert, für 6,5 Millionen verantwortlich. Hier wäre zwar noch was zu machen bei den Fluchtursachen, doch die neue Klimakonferenz in Paris wird ebenso schillernd scheitern, wie alle Schaulaufen dieser neoliberal vergifteten Wichtigtuer davor.

Als einzige Erkenntnis wird stehen: Demokratische Gesellschaften sind außerstande die großen Menschheitsprobleme zu lösen. Und die strahlende Schönwettergemeinschaft EU hat

gegen die Destabilisierung Europas infolge der vielschichtigen Folgeschäden des Wirtschaftssystems keinerlei Rezept.

Ein garantiertes Minimum als autark funktionierende Grundversorgung mittels regionaler Währung, könnte im wahrscheinlichen Ernstfall auch die einzige Sicherung gegen den totalen Absturz sein.

Über das aktuelle Chaos (Februar 2016)

Es ist schon erstaunlich, wie die öffentliche Meinung von Ereignissen hin und her getrieben werden kann. Die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln, wo ein paar Bengel und Kleinkriminelle aus Nordafrika das Gastrecht spektakulär mit Füßen getreten haben, sind das Eine.

Sowas passiert eben, wenn man Polizeibeamte „politisch korrekt“ mit quasi gezogenen Zähnen auf die Straße schickt und der oberste Auftrag Deeskalation lautet („Präsenz zeigen“ und sich anspucken lassen). Mit dieser Sonderbehandlung von Straftätern unter Migranten tut man sich keinen Gefallen. Hier ist die gleiche Konsequenz erforderlich wie bei Rechtsradikalen, Sportfunktionären, Steuerhinterziehern usw.

Das Andere ist die wachsende Gefahr von Terroranschlägen. Ziemlich sicher hat der IS im Schatten der Flüchtlingsmassen auch etliche Attentäter nach Europa geschmuggelt. Bis es auch bei uns knallt, ist nur eine Frage der Zeit. Mit der Anschlagsgefahr kriegen wir die Quittung für die falsche Außenpolitik unserer Verbündeten.

Hätten wir damals die Herren Gaddafi in Libyen, Hussein im Irak und Assad in Syrien im Amt gelassen, wären Leid und Not insgesamt wesentlich geringer. Die Flüchtlingsfrage gäbe es so nicht. Jetzt aber hat die Welt Wanderungen in biblischem Ausmaß.

Richtig ist sicherlich, dass durch die Aufnahme so vieler Menschen sich unser gewohnter Alltag verändert. Falsch ist, dass er sich verschlechtern muss. Wie ich hier schon einmal schrieb, hat das Funktionieren einer gesunden Volkswirtschaft absolut nichts mit der Anzahl seiner Mitglieder zu tun. Was an Gütern und Dienstleistungen vermehrt nachgefragt wird, wird auch schnell vermehrt bereitgestellt. Im gleichen Verhältnis steigt auch die erforderliche Arbeit, die Zahl der Arbeitsplätze, die erwirtschaftete Wertschöpfung, und steigen die finanziellen Möglichkeiten des Staates.

Das eigentliche Problem ist, dass jene Herrschaften, die sich um das Funktionieren unserer Volkswirtschaft und die Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften kümmern sollen, kurzsichtige Versager sind!

- Eine Lebensregel lautet doch: Je früher man ein kommendes Ereignis oder ein Problem erkennt, desto besser sind die Möglichkeiten sich vorzubereiten, zu reagieren oder etwas anders zu machen. Wer diesen Zeitraum verstreichen lässt, ist entweder blind, blöd oder befangen.

Im Jahr 2013 war die Dimension der Heimatvertreibung im Nahen Osten schon absehbar. Wieso hat man nicht damals schon in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon und der Türkei Registrierungsbüros eröffnet? Dort hätte eine geordnete Ausstellung von Papieren, die Feststellung persönlicher Daten und Fähigkeiten, die Unterweisung in Rechte und Pflichten, usw. stattfinden können. Die Vermittlung wäre dann direkt an deutsche Kommunen mit Wohnmöglichkeiten und die Reise per Flug erfolgt, statt übers Mittelmeer.

Parallel hätte man von den deutschen Superreichen einmalig 50 Milliarden einziehen können, auch um die über 1 Million in Deutschland leerstehenden Wohnungen bezugsfertig zu machen. Diese Maßnahme hätte so viele Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Wir hätten

nicht nur ein Integrations-, sondern gleichzeitig auch ein Regionalförder- und Beschäftigungsprogramm geschaffen.

Ghettobildung verhindert man am besten mit dezentraler Unterbringung. Integration geht am effektivsten mit sofortiger Arbeitsvermittlung und Sprach-, Rechts- und Berufsausbildung. Wer Angst vor Fremden hat, soll sie sich zu Bekannten machen. Doch statt dessen schaffen es Angstsammelvereine wie die AfD, Flüchtlinge in Generalverdacht zu stellen und andere Parteien vor sich her zu treiben. CDU/CSU und SPD sprechen von Kontingenten und von Grenzen-dicht-machen. Keiner sagt aber detailliert, wie das gehen soll bei 3575 km deutscher Außengrenze (ohne Meeresküsten und Bodensee) und einem Mangel von 16000 Polizisten.

- So geht alles drunter und drüber. Angst breitet sich aus, der schlechteste aller Ratgeber. Die Kommunen werden überfahren, die Flüchtlinge eingeschüchert und die Ehrenamtlichen im Stich gelassen. Nur zu sagen „Wir schaffen das“, und die Sache dann der Beliebigkeit und den niederen Instinkten zu überlassen, ist so was von erbärmlich.

Und es wird noch schlimmer kommen: Weite Teile der Erde werden durch den Klimawandel unbewohnbar, - auch ein von uns verursachtes Problem. Fest steht: Auch die Menschen dort müssen anderswo untergebracht werden. Also Schluss mit dem dummen Wahlkampfgeschwätz. Die neue Völkerwanderung findet statt, ob wir wollen oder nicht.

Jetzt wäre noch Zeit zu überlegen, WIE wir das Unvermeidliche kontrollierbar machen können. Die anderen europäischen Staaten aber, statt hier am gleichen Strang zu ziehen, versinken in nationalistischem Stumpfsinn und erheben das Sankt-Florian-Prinzip zum politischen Rezept.

- Sehen wir es positiv: Es gibt kein Zurück für Deutschland. Wenn wir DAS schaffen, sind wir am Ende sicherlich NICHT der Verlierer!

Über "Bauern", "Spatzen" und Freunde „fetter Pferde“ (März 2016)

Krieg im Nahen/Mittleren Osten und Flüchtlinge in Europa: Die falsche Außenpolitik ist in der Innenpolitik angekommen. Statt das selbst verursachte Problem zu lösen und mit entschlossenem Handeln Zuversicht zu verbreiten, wird das Volk in Angst versetzt. Zuerst lassen die etablierten Parteien in Europa den USA die Destabilisierung „unfolgsamer“ Staaten durchgehen, und halten die Ausbeutung armer Länder durch Großkonzerne für eine nützliche Wirtschaftspolitik (Damit sind sie maßgeblich am größten legalen Verbrechen der Gegenwart beteiligt). Und dann bieten sie sich, allen voran die konservativ-bürgerlichen Parteien, mit unveränderter Gesinnung noch frech zur Flüchtlingsabwehr an.

- Betrachten wir doch mal deren zwei oberste Handlungsprinzipien:

Das erste lautet „Was-der-Bauer-nicht-kennt,-isst-er-nicht“ (Hier ist nicht der Berufsstand gemeint, sondern die sprichwörtliche Figur eines ziemlich sturen und einfältigen Zeitgenossen, der Neues und Veränderungen ablehnt). Bei Konrad Adenauer und der CDU hieß es damals: „Keine Experimente“. So bekamen diese „Bauern“ in der Partei auch die Stimmen der „Bauern“ im Wahlvolk.

Mit der Union kommt gesellschaftlicher Fortschritt entweder gar nicht, oder sehr stark verspätet. Alles Neue wird meist misstrauisch beäugt, statt umfassend beurteilt. So gelangt man immer schon VOR einem objektiven Urteil zu seiner Meinung, also zu seinem VORUrteil. Und in diesem Klima aus Kurzsichtigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gedeiht auch der Fremdenhass bestens.

Das zweite Prinzip ist die wirtschaftspolitische Leitidee, das „Pferdeäpfel-Prinzip“. Im Jahr 1980 hat es die britische Premierministerin Thatcher geprägt. Sie sagte, man müsse die „fetten

Pferde“ in der Wirtschaft füttern, damit genug „Pferdeäpfel“ abfielen, von denen dann auch die Spatzen etwas hätten. Dies entsprach der „Trickle-Down-Theorie“ des damaligen US-Präsidenten Reagan, wonach man Wohlstand ganz oben erzeugen müsse, weil er dann nach unten „durchsickere“.

Damit war der Neoliberalismus durchgesetzt oder ganz harmlos: die „Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“. Im Klartext: Die Angebotsseite des Marktes (Großunternehmen, Finanzdienstleister, etc.) wird steuerlich entlastet, Regeln, wie z.B. Umweltschutz, zusammengestrichen, Sozialleistungen gekürzt. So soll Wirtschaftswachstum entstehen und dem Volk nutzen. Auch FDP und AfD halten dies für eine gute Idee, und sogar die Sozialdemokraten immer dann, wenn sie mal an der Regierung sind (siehe Schröder, der „Genosse der Bosse“, Blair, Gonzales, Hollande, Gabriel mit TTIP, usw.).

Mit den beiden Prinzipien aber führt man die Gesellschaft in einen Teufelskreis: Die „fetten Pferde“ werden immer dreister, zocken, betrügen, globalisieren ihre Gewinne und hinterlassen der Welt Unfrieden, Müll und kaputte Lebensräume. In den vertriebenen Menschen sehen die „Spatzen“, also die Normalbürger hier, eine ernste Konkurrenz und sorgen sich um ihren „Pferdeäpfel-Wohlstand“. Da sie auch „Bauern“ sind, begreifen sie nicht die Möglichkeit besserer Wirtschaftspolitik, in der es keine fetten, aber dafür viel mehr kleine „Pferde“ gäbe. Und auch die „Partei-Bauern“ in der Union sind in ihrem Kopf-Gefängnis aus „Keine-Experimente“ fest eingesperrt. Sie wissen politisch nicht weiter und bedienen deshalb als Ersatzhandlung leidenschaftlich die Angst am rechten Rand.

So warten dann die wirklich wichtigen politischen Themen auf eine Lösung:

Was ist, wenn den bisherigen Kunden der Exportnation Deutschland das Geld ausgeht? (Die Weltkonjunktur strebt stabil in diese Richtung). Haben die Freunde „fetter Pferde“ dafür einen Plan B? Was ist, wenn die „Industrie 4.0“ kommt (Computerisierung von Fertigungstechnik und Logistik) und allein in Deutschland weitere 1,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet? Wird dann die Arbeitslosenstatistik noch einmal frisiert? Wie lange noch darf die industrielle Landwirtschaft das Grundwasser vergiften? Wie lange noch werden die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr? Wie lange noch erschwert man den kleinen Leuten die individuelle Gewerbefreiheit? Und wann bringt man Belgien und Frankreich dazu, ihre Schrott-AKW's abzuschalten? Wenn da etwas passiert, werden auch wir hier zu Flüchtlingen.

- Apropos Rheinland-Pfalz: Julia Klöckner will jetzt unsere Chefin werden. Seit drei Monaten ist sie dauernd in den Nachrichten, und, wie soll es anders sein, mit Papieren zu Abschiebung, Integration und sonstiger weichgekochter Seehofer-Hetze.

Soll das etwa alles sein, nichts als Wahlkampf aus der untersten Schublade? Was ist mit der Mehrheit der Bürger, die schon viel weiter sind und Realitätssinn, Mut und Fantasie verlangen? Lässt sich da nicht viel wahrscheinlicher jemand vor den Karren von Strippenziehern im Hintergrund spannen, wie etwa den CDU-Fraktionsvize und besten Freund der ganz „fetten Pferde“ Michael Fuchs? Nein Frau Klöckner, dies ist absolut nicht die Politik, die wir brauchen!

Über gefährliche Torheiten (April 2016)

Vor vier Wochen hatte ich hier das „Pferdeäpfelprinzip“ beschrieben, auch „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“ genannt. Das Gegenstück wäre die „nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik“ (Keynesianismus).

Das erste ist gewissermaßen der neoliberale Kapitalismus, und das zweite der mehr sozialdemokratisch/grüne Kapitalismus. Längerfristig betrachtet sind die Unterschiede

zwischen beiden aber eher unbedeutend. Viel gravierender ist ihre große Gemeinsamkeit, die übrigens auch zentrales Element im früheren sozialistischen Staatskapitalismus war: In allen drei Wirtschaftssystemen ist die Erzeugung von Wirtschaftswachstum das Maß aller Dinge. Ohne Wirtschaftswachstum funktioniert dort auf Dauer keine Staatsfinanzierung, kein Geldsystem, kein Sozialsystem, keine Rentenauszahlung, ja eigentlich nichts in der modernen Volkswirtschaft.

Dieses Wirtschaftswachstum aber entsteht nur, wenn möglichst viel produziert und verkauft wird. Und dazu wiederum müssen möglichst viele Rohstoffe und Energie verbraucht, also genügend Kohleflöze, Erdölvorkommen, Kupfer- und Eisenerzadern, Bauxit- und Salzschieben, Sand- und Kiesgruben, und noch viele andere Bodenschätze überall auf der Welt ausgebeutet werden.

Wir als Verbraucher kaufen das von der Industrie produzierte Zeug dann, haben etwas Spaß und einen vergänglichen Nutzen davon und schmeißen es schließlich irgendwann weg.

- So beschämend und banal verläuft der Alltag der heutigen Zivilisation! - Unser Wohlstand braucht also möglichst hohe Umwandlungsraten von Rohstoffen in Abfall. Diese Rohstoffe aber sind begrenzt und halten Schätzungen zufolge noch 30 bis 50 Jahre. Dann ist unwiederbringlich Schluss. Und viele Jahre vorher schon wird die Welt durch Verknappungen und Verteilungskämpfe von einer Krise in die nächste gejagt.

Somit stellt sich die wichtigste aller Fragen: Ist es nicht absolut töricht, auf ein Wirtschaftssystem zu bauen, das sein eigenes Fundament auffrisst? (Regenerative Energien und Recycling können das Absehbare allenfalls etwas hinausschieben, aber nicht verhindern, und schwierigere Rohstofflager zu erschließen, erfordert einen vielfach höheren Energieeinsatz!)

Wenn wir also ohnehin ein völlig anderes Wirtschaftssystem begründen müssen, eines, das ohne permanenten Verbrauch begrenzter Zutaten funktioniert: Wieso machen wir das nicht sofort?! - Zu warten ist nämlich sehr gefährlich: Die Rohstoffe und Brennstoffe sind ja nicht weg, wenn wir sie verschwendet haben. Sie sind in CO₂ und Luftschadstoffe, Müllhalden, Grundwasserbelastungen, Plastik im Meer, Landwirtschaftsgifte, und andere problematische Zustände verwandelt und über die Erde verstreut worden.

Je länger wir also weiter machen wie bisher, umso schlechter wird die Ausgangslage für eine Umstellung! Unter diesem Aspekt sind alle, die von „Wirtschaftswachstum“ gegenwärtigen Verständnisses schwärmen, egal ob Politiker, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Wissenschaftler oder Medienleute, nicht nur Toren, sondern richtig gefährliche Toren. Wollen diese Wichtigtuer ihren Nachkommen später erzählen, sie hätten von alledem nichts gewusst? Oder denken sie: Nach mir die Sintflut?

- Wie berauscht verlangen sie „Noch-mehr-vom-Falschen“. So schwärmen sie dann auch von Freihandelsabkommen (TTIP und CETA), wie Geschäftsführerin Szweide der IHK Koblenz kürzlich im Interview eines Wochenblatts. Wie lange soll dieses fatale mechanistische Denken hinter den Brettern vor ihren Köpfen noch weiter gehen?

Die US-Industrie freut sich schon, dass sie bald überall in Europa den Fuß in die Tür bekommt. Wo in anderen Ländern Geheimdienst und Militär nötig sind, genügt es in Europa völlig, den törichten Politikern Wachstum und „Chancen“ zu versprechen, und schon unterschreiben sie mit sabbernder Schnauze jeden Knebelvertrag. Wenn dann auch noch die Hunsrück-Autobahn kommt („Hunsrückspange“) und die B41 entsprechend ausgebaut wird, kann die ausländische Konkurrenz bequem bis vor jede Haustür hier liefern.

Wieso eigentlich bedenken TTIP-Befürworter nicht, dass die Sache für uns gewaltig nach hinten los gehen kann? Wenn US-Firmen Cash machen wollen, gibt es IMMER Verlierer.

Außerdem: Weite Transporte fressen Unmengen an Rohstoffen und Energie auf. Das ist genau das, was wir NICHT brauchen.

Auch wenn es Globalisierungseuphoriker nicht gerne hören: Auf transatlantischen Handel zu setzen ist idiotisch, und dies mit Investitionsschutzverträgen auch noch unumkehrbar zu machen, ist geradezu verbrecherisch. Denn: Sollten es unsere Nachkommen einmal schaffen, Führungspositionen mit unabhängig denkenden Menschen zu besetzen, um dann regional und mit minimalem Rohstoff- und Energieeinsatz zu wirtschaften, werden diese Freihandelsverträge ihnen, zusätzlich zu den anderen geerbten Problemen, wie ein Joch um den Hals hängen.

Übers Pudding-Festnageln (Mai 2016)

Ebenso aussichtslos wie der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, bleibt es, von der Bundesregierung noch irgendwelche konstruktive Politik zu erwarten. Erst trödelt man dort drei Jahre lang vor sich hin und verweilt dann die restliche Zeit im Wahlkampfmodus. Sie kapieren es einfach nicht: Auf uns kommen heftige Probleme zu, gegen die wir uns wappnen müssten, agieren müssten, statt nur doof zu reagieren. Doch sie scheitern schon daran, die gegenwärtige Lage objektiv zu analysieren, geschweige denn entsprechend grundlegende Entscheidungen zu treffen. Wo man hinsieht, nur Symbolpolitik, die nichts wirklich ändert.

Auch anders zu wählen nützt nichts, denn fähige Politiker sind nicht in Sicht, und neue Politiker sind nicht fähig, - siehe AfD („Altlasten für Deutschland“). Einmal im Amt angekommen, gilt Durchwursteln bis zur Pensionsberechtigung.

Was Beppe Grillo, der bei uns als Clown diffamierte italienische Fundamental-Oppositionelle, über die Gestalten in der hohen Politik sagt, gilt auch hier: Man müsse sie psychiatrisch betrachten. Das seien Verhaltensgestörte, Menschen mit Syndromen, die sie aber zu verbergen wüssten. Sie müssten über Themen reden, die sie nicht verstehen. Sie täten von oben vorgegebene Dinge, die sie nicht im Ansatz überblicken könnten. Spezialisten wären diese Leute nur in Fernsehauftritten und im Umgang mit den Medien. Sie seien mächtig stolz auf sich und hätten doch keinen blassen Schimmer davon, was sie faktisch im Parlament tun. Sie lebten in einer parallelen Welt, in der alle Informationen von Lobbyisten kämen und gefärbt seien. Man sollte ein Schild am Tor des Parlaments aufhängen: „Achtung: Sie verlassen gerade die Realität!“.

Ebenso entfernt vom wahren Leben ist das Denken der führenden Wirtschaftswissenschaft, der, wie Kritiker treffend sagen, „Autistischen Ökonomie“. Auch die Wirtschaftsverbände schweben losgelöst und unbelehrbar über dem zerbröckelnden System und wollen nur die eigenen Schäfchen retten.

Selbst die deutschen Intellektuellen scheinen restlos verstummt oder verblödet zu sein. Früher einmal setzten sie Debatten zu wichtigen Themen in Gang. Heute finden sie sich toll, wenn sie etwa demokratische Defizite in Nordafrika „literarisch verarbeiten“. Der Talkshow-Philosoph Sloterdijk vermag nur noch aus dem Ohrensessel heraus stumpfsinnige Minderheiten mit Ressentiment-Entwürfen zu versorgen.

Da kommt es gerade recht, wenn eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, wie der Komiker Böhmermann mit seinem platten Gedicht. Die Aufregung über die Form verdrängte den wichtigen Anlass völlig in den Hintergrund, nämlich, wie schnell die EU bereit ist, ihre Seele zu verschachern, damit Erdogan die Drecksarbeit an den Flüchtlingen erledigt. So darf der türkische Sultan unbehelligt die Kurden in der Osttürkei abschießen und sie ihrer Häuser berauben. So enden die westlichen Werte in türkischen Gefängnissen und im Staub des

syrischen Grenzstreifens.

- Hier über Politik zu schreiben, gleicht oft dem Rufen in der Wüste. Merken die Herrschaften nicht, wohin wir steuern? Weil sie stets nur ihresgleichen sehen, die ja auch nichts tun, fühlen sie sich bestätigt. Niemand bremst oder zeigt einen anderen Weg auf. Will man sie darauf festnageln, flutschen sie weg wie Pudding, diese Unionen, Sozialisten, Grünen, Linksrömantiker, Liberale und der neue verparteilichte nassbraune Fetz der Wutkleinbürger. Viele Sprüche, wenig Taten, und keinerlei brauchbare Ergebnisse. - Is halt so!?

Nun ja, es gibt noch ein paar gute Leute in der Kommunalpolitik (- Wo könnte man auch sonst noch suchen?-), nah dran an den Bürgern. Dort mühen sie sich gegen Finanznot, Sachzwänge, Desinteresse und karrieregeile Kollegen ab, und innerhalb der viel zu engen bundespolitisch gesetzten Grenzen. Vielleicht wäre es jetzt an der Zeit, lautstark den Gehorsam gegenüber der jeweiligen Bundespartei aufzukündigen und sich zusammenzuschließen gegen die Ignoranz.

Sie sollten fordern, dass das Wohl der Gesellschaft von unten nach oben gedacht werden muss, statt umgekehrt, dass das Wirtschaftssystem striktere Rahmenbedingungen braucht, dass strukturschwache Regionen steuerlich begünstigt werden, dass das nach oben verlorene Volksvermögen wieder zurückgeholt wird, dass Lobbyismus als Bestechungsversuch zu werten ist, dass wir dringend ein Grundeinkommen in Form eines Schwundgelds brauchen, und dass Zugriffe aus dem Ausland auf unsere Infrastruktur unmöglich bleiben (CETA), um nur einige der wichtigsten Punkte zu nennen. - Oder ist der Gedanke naiv und auch Pudding?

Über die Altersrente (Juni 2016)

Immer häufiger taugt die Rente nicht mehr zur ausreichenden Altersversorgung. Ihre Finanzierung wird zunehmend unsicherer und das Verhältnis von Einzahlern zu Empfängern langfristig ungünstiger (Demographie). Immer häufiger muss das Sozialsystem einspringen, und aus Steuermitteln zugebuttert werden (Grundsicherung).

Eigentlich wurde die Rente 1957 von dem Volkswirtschaftler Wilfried Schreiber als dauerhaftes und in sich schlüssiges System entworfen. Es sollte ein reines Umlageverfahren mit automatischer Kopplung der Rentenhöhe an das Niveau der Arbeitseinkommen sein. Nach früheren Totalverlusten mit Renten als Kapitaldeckungs-Verfahren, war man sich einig, dass „aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss“. Doch das Drama, wie die Politik die Altersrente allmählich ruiniert, begann schon kurz nach deren Einführung.

Konrad Adenauer, als der erste Pflücker, zerschlug eigenmächtig die wichtigsten drei Merkmale von Schreibers Konzept: 1. Eigentlich sollten Alte UND Kinder Rente empfangen, und zwar zur Unterstützung der Eltern, die wegen ihrer Erziehungsleistung nicht voll arbeiten konnten. 2. Der Satz für die Altersrente sollte zunächst 50 % des Bruttolohns betragen, um die nötige Stabilität zu bekommen. 3. Es sollten alle Erwerbstätigen, also auch Selbstständige und Beamte in die Kasse hinein.

- Adenauer aber machte aus den 50 % dann 70 %, weil SPD und Gewerkschaften 75 % forderten, und er um die Stimmen der Arbeiterschaft fürchtete. Die Kinderrente fiel dafür weg, und Pflichtmitglieder wurden nur Arbeitnehmer mit bis zu mittlerem Einkommen. Auch andere von Schreiber empfohlene Nachbesserungen bei gesellschaftlichen Veränderungen wurden einfach verbuddelt.

Statt die Rentenkasse aktuell und intakt zu halten, missbrauchten sie alle Regierungen für

Wahlgeschenke oder entzogen ihr Unsummen für versicherungsfremde Leistungen. Als nach etlichen sogenannten „Reformen“ das Umlageverfahren 2001 ganz zu zerbrechen drohte, kürzte die Schröder-Regierung mit Zustimmung der Union die Rente drastisch und erfand als Ausgleich die sogenannte „Riester-Rente“. Da war es dann wieder, das Kapitaldeckungsverfahren, auf welches man 1957 bewusst verzichtet hatte. Banken und Versicherungen verdienen prächtig damit, während es sich für 90% der Versicherten als Flop herausgestellt. Und sollte das Finanzsystem doch noch kollabieren, wird es heißen: Tut uns leid, aber ihr Geld ist weg!

Für eine wirklich sichere Rente bräuchten wir radikale Änderungen:

1. Alle Erwerbstätigen ohne Ausnahme (auch Politiker!) zahlen in eine Grundalterskasse ein (siehe Österreich oder Schweiz). Sämtliche Arten von Einkünften werden berücksichtigt. Durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen sind Beiträge von Spitzenverdienern nach oben offen. Die Rentenauszahlung beträgt mindestens 900, höchstens aber nur 1800 Euro (Solidarprinzip: Die Reichen stehen für die Schwachen ein). Wer mehr braucht, soll privat aufstocken.
2. Weil die technische Entwicklung vernünftig bezahlte Arbeit für Menschen immer weiter verdrängt, die Rentenbeiträge sich aber vom Einkommen errechnen, muss hier entkoppelt werden. Für alle Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft, wo Menschenarbeit ersetzt wird, sollten auch Rentenbeiträge abgeführt werden müssen. Dies könnte in Form von Preisaufschlägen für die jeweiligen Produkte geschehen, die dann in die Rentenkasse fließen.
3. Ein Teil der Rentenberechtigung muss, vom Einkommen unabhängig, auch durch andere gesellschaftliche Leistungen, wie Elternschaft, Pflege oder Ehrenamt erwerbbar sein.
4. Eine sichere Rente darf auch nicht nur am existierenden Geldsystem hängen, da dieses stets ein Spielball der globalen Profitsucht ist. Hier käme das Konzept einer neuen Art von Zweitwährung ins Spiel, ein Geld mit eingebautem Wertverfall und echter Umlaufsicherung. Ohne es erwirtschaften zu müssen und ohne Inflationsgefahr, könnte man es einfach aus dem Nichts schöpfen und als Bürgergeld verteilen. Besonders als Teil der Altersrente wäre es interessant, weil keine Einzahlungen und Berechtigungen erforderlich sind und seine Verwendung die persönliche Versorgung, wie auch einen Hinzuverdienst für ältere Menschen zumindest im regionalen Umfeld wesentlich erleichtert.

Doch ein solches Geld bräuchte andere Steuergesetze: Weniger Arbeitsbesteuerung, dafür hohe Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Kapitalgewinn. - Und es würde politisch-ökonomische Machtstrukturen aufweichen. Darum wird es bis heute verhindert.

Über schwindende Selbstbestimmung (Juli 2016)

Eine etwas merkwürdige Frage wurde letztes im Radio an einen Juristen gestellt: Was passiert, wenn im Zuge der angestrebten Voll-Automatisierung unseres Alltags, der Technik ein ernsthafter Fehler unterläuft? Wer haftet etwa, wenn ein "denkender" und an das Internet angeschlossener Kühlschrank "bemerkt", dass die Milch leer wird, aber statt zwei Packungen beim Lieferanten irrtümlich zwei Paletten bestellt? Oder, wer zahlt, wenn das "selbstfahrende" Auto doch mal einen Fußgänger überfährt?

Wieso gibt es überhaupt solche Fragen? Ist die radikale Technisierung unseres Lebens bereits abgemachte Sache? Geht kein Weg mehr an unserer totalen Entmündigung vorbei?

Der Soziologe Harald Welzer erinnerte kürzlich an unangenehme Parallelen zu dem, was heute so als "Fortschritt" gilt. Im Nationalsozialismus wie auch im Stalinismus war es oberstes Bestreben, die Selbstbestimmung der Bürger möglichst weit aufzuheben.

Einerseits schuf man damals ausgefeilte Strukturen und Massenorganisationen, um die Sozial-

und Freizeitgestaltung zu steuern. Von den kleinsten Kindern an wurden dort mit mehr oder weniger Druck alle hinein gepresst. Andererseits baute man, bis tief in den Privatalltag hinein, raffinierte Systeme des Misstrauens und der Bespitzelung auf.

Was „gut“ und was „schlecht“ war, wurde öffentlich festgelegt. Der intensive Druck brachte die allermeisten Menschen dazu, ihren Wunsch nach unkontrollierten Beziehungen und Selbstbestimmung aufzugeben. So herrschte das Regime schließlich bis weit in die privaten Verhältnisse hinein.

Freie Gesellschaften aber sind vor allem durch soziale Verkehrsformen voller Geheimnisse geprägt. Niemand sollte berechtigt sein dort einzudringen, um private Räume beobachtbar zu machen und die Autonomie der Einzelnen zu untergraben. Doch gerade dies passiert heute immer häufiger, und es wird immer seltener als gefährlich angesehen.

Erstaunlich dabei ist, dass überhaupt kein Zwang mehr ausgeübt werden muss, und die meisten Bürger sich freiwillig und selbst durchsichtig machen. Über 20 Millionen Deutsche sind täglich auf "Facebook" und geben zwischen den Zeilen banaler Mitteilungen wichtige Privatheiten preis. Fast 30 Millionen haben dort ihre Verhältnisse und sozialen Beziehungen öffentlich beschrieben. Über ihren Konsum hinterlassen fast 50 Millionen kombinierbare Einzelheiten, und noch mehr Smartphone-Nutzer liefern Bewegungsprofile und Kontaktdaten zum Scannen, Auswerten und Speichern ins Netz.

- Und jetzt kommt noch "Smart-Home", "Smart City", Bluetooth-Armbänder, die Körperfunktionen überwachen, beim dritten Glas Bier Warnsignale abgeben, und vielleicht auch die Krankenkasse informieren, "Smart Cars", Industrie 4.0, pflegende Roboter, und mit der Bargeldabschaffung die totale Kontrolle über unseren Geldverkehr.

Man erzählt den Leuten, dies erhöhe Komfort und Sicherheit, verbillige die Preise, diene der Gesundheit und dem Umwelt- und Klimaschutz. Und nicht nur die ständig wachsende Zahl von Abermillionen bürgerlichen Digital-Mitläufern glaubt den Schwachsinn. Nein, auch alle Politiker und die meisten Medienleute fühlen sich auf der richtigen Seite, wenn sie diese Art Fortschrittsergüsse bejubeln. Ihre pflichtgemäße Sorge um den Datenschutz verkommt zur hohlen Phrase. Denn grundsätzlich begrüßen sie, dass wir gesteuerte Insassen einer gläsern durchtechnisierten "Idealwelt" werden sollen, in der uns die verbliebenen Konzerne ihre Werbung direkt ins Hirn spritzen, um uns optimal abmelken zu können.

Was wird denn aus uns, wenn technische Geräte aufzeichnen, auswerten und weitersenden, wer sie wie, wann und wo benutzt, wenn mit öffentlichen Kameras festgehalten wird, wer was, wo, wann und warum getan hat, und wenn die neuen Massenorganisationen, die "sozialen Netzwerke", unser Hirn permanent mit gesteuerten Informationen fluten?

Neben unserer Selbstbestimmung verlieren wir auch unsere Unabhängigkeit, Urteilsfähigkeit, Unvoreingenommenheit, die Fähigkeit mit dem Zufall umzugehen, zu organisieren, zu improvisieren, zu widerstehen, ja die Fähigkeit zur Freiheit.

Dabei diene dies alles zunächst nur zur Fortführung des kaputten Wirtschaftssystems, das an seiner Überproduktion zu verrecken droht.

Was kommt aber, wenn in wenigen Jahrzehnten die letzte freie Energie und die Rohstoffe für den technischen Fortschritt, dieser modernen Form von Brot und Spielen, zu Ende gehen, wenn Verteilungskriege und Rebellionen weltumspannend werden? Dann entfalten die gesammelten Daten und eingerichteten Überwachungsstrukturen auch in Deutschland ihren vollen politischen und geheimdienstlichen Nutzen.

Hitler, Stalin und Konsorten hätten sich gefreut über soviel elegante Instrumente zur Führung einer Diktatur. Wer hätte damals gedacht, dass dekadent gewordene Wohlstandsbürger einmal selber die mühsam errungenen Voraussetzungen für die Existenz einer demokratischen Gesellschaft ihrem Geltungsdrang und der Konsumsucht opfern?